

Antrag 150/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****An Versprechen halten – echten Nachteilsausgleich für angestellte Lehrkräfte****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)**

1 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion des Berliner
 2 Abgeordnetenhauses und die SPD-Mitglieder des Senats
 3 auf, einen echten Nachteilsausgleich für Angestellte Lehr-
 4 kräfte entsprechend den öffentlichen Zusicherungen der
 5 Berliner SPD sowohl bei der Abschaffung der Verbeam-
 6 tung von Lehrkräften als auch bei deren Wiedereinfüh-
 7 rung durchsetzen. Dieser Nachteilsausgleich hat sowohl
 8 die gehaltlichen Unterschiede, die ungleichen Regelun-
 9 gen zur Gesundheitsversorgung als auch den Unterschied
 10 zwischen Pension und Rente auszugleichen.

11

Begründung

13 Seit dem Sommer 2022 werden neu eingestellte Lehrkräf-
 14 te in Berlin wieder verbeamtet. Auch bereits angestellte
 15 Lehrkräfte wurden und werden nach und nach verbeam-
 16 tet. Das wieder verbeamtet wird, war ein langer Prozess,
 17 am Ende haben sich die Befürworter der Verbeamung
 18 durchgesetzt, zentral damals war aber das Versprechen,
 19 gerade von der SPD, das die Lehrkräfte, welche nicht ver-
 20 beamtet werden können oder wollen einen entsprechen-
 21 den Nachteilsausgleich bekommen. Das ist bis heute nicht
 22 passiert.

23 Alles, was es bisher gibt sind maximal 300 Euro brutto
 24 mehr im Monat, das ist keine Erfüllung der öffentlichen
 25 Zusagen und Versprechen gegenüber den Beschäftigten.
 26 Verbeamtete Lehrkräfte bekommen eine Pension, mit der
 27 die Renten von Angestellten Lehrkräften nicht im Ansatz
 28 mithalten können. Verbeamtete haben ein Recht auf Bei-
 29 hilfe, Angestellte nicht.

30 Ausgeschlossen von einer Verbeamung sind diejenigen
 31 die über 52 Jahre alt sind, Menschen mit schweren psy-
 32 chischen Erkrankungen und solche mit einem erhöhter
 33 BMI. Kurz um, Menschen, die sich in früheren Zeiten für
 34 eine Berufsausübung in Berlin entschieden haben und
 35 Menschen, die sowieso schon gesellschaftlich diskrimi-
 36 niert werden, werden hier benachteiligt.

37 Außerdem lehnen Menschen die Verbeamung ab, aus
 38 verschiedenen Gründen, unter anderem weil es ihnen das
 39 Streikrecht nimmt. Diese Menschen, die sich für einen ge-
 40 werkschaftlichen Kampf engagieren, bestraft die Arbei-
 41 ter*innen Partei SPD mit ihrem Wortbruch, sie erhalten
 42 zurzeit überhaupt keinen Nachteilsausgleich.

43 Die Bildungssenatorin der CDU hat deutlich gemacht,
 44 dass mit mehr als den 300 Euro nicht zu rechnen ist und
 45 diejenigen, die freiwillig auf eine Verbeamung verzich-
 46 ten, auch in Zukunft keinen finanziellen Ausgleich erhal-
 47 ten sollen. Das kann die SPD so nicht hinnehmen, unter
 48 dem SPD geführten Vorgänger Senat ist das Gesetz zu Ver-

49 beamtung mit Nachteilsausgleich verabschiedet worden,
50 dass dieser Ausgleich jetzt de facto nicht umgesetzt wird,
51 ist ein Wortbruch, der nicht zu tolerieren ist.
52